

Reisebericht: Demokratische Republik Kongo

April 2026

Ich habe mir vorgenommen, die Möglichkeiten meines Amtes zu nutzen, die vergessenen Krisen unserer Zeit etwas ins Scheinwerferlicht zu rücken. Ohne Aufmerksamkeit sind auch keine Ressourcen zu mobilisieren. Und ohne Mittel hungern, leiden, sterben Menschen einfach weiter. Es geht mir aber auch um unser Afrika-Bild. Afrika ist unser Nachbarkontinent. Das ist Geografie. Aber in sich ist Afrika mindestens so vielfältig wie wir es umgekehrt als Europäer für uns auch beanspruchen würden. Selbst als Deutsche diskutieren wir Unterschiede zwischen Laptop und Lederhose, Rheinländern und Fischköppen oder „dem Osten“. Ich bin also auch auf der Suche nach dem Afrika der Chancen, der immensen natürlichen Reichtümer, der Jugend und Dynamik, die unserem eigenen Kontinent fehlen.

In meiner Rolle als Menschenrechtsbeauftragter ging es für mich in den Kongo, in die Demokratische Republik. Schauplatz von Jahrzehnten Gewaltexzessen, einer der größten humanitären Krisen weltweit. Ich habe dort politische Gespräche geführt. Und ich bin in den Osten gereist, wo die eigentliche Konfliktregion ist.

Zum Start: Politische Gespräche in der Hauptstadt Kinshasa

Im Kongo gibt es anders als bei uns ein eigenes Ministerium für Menschenrechte, möglicherweise allerdings auch, weil Vertreter unterschiedlicher Gruppierungen und Regionen einen Posten erhalten sollen. Mein erster Termin. Der Minister ist jedoch kurzfristig verhindert. Sein Stabschef springt ein und versichert, was der Gast sicher hören will, dass Menschenrechte für die Regierung hier die *top priority* sind.

Wie eigentlich immer in Ländern mit laufenden Konflikten spricht man auch sehr offen über Menschenrechtsverletzungen, allerdings nur diejenigen der anderen Seite. In diesem Fall vor allem die Verbrechen der Milizen im Osten des Landes.

Immerhin gibt es eine allgemeine Aussage, dass hinsichtlich von Menschenrechten auch generell noch Luft oben sei. Fällen, die angezeigt würden, werde nachgegangen. In den Provinzen werde Personal aufgebaut. Unterstützung bei deren Ausbildung wird erbeten. Ich kündige an, unseren Informationsstand zu Menschenrechtsverletzungen im Nachgang schriftlich zur Verfügung zu stellen. Auf die Reaktion bin ich gespannt. Entscheidend wird aber die Unabhängige Aufklärungsmission sein, die der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die Provinzen Nord- und Süd Kivu eingesetzt hat. Sie soll Menschenrechtsverletzungen auf allen Seiten untersuchen und nimmt hoffentlich bald ihre Arbeit auf.

Dann treffe ich Außenministerin Therése Kayikwamba. Ihr Vater ist Deutscher, ihr Sohn Maximilién erst im Januar in Bonn zur Welt gekommen. Ich schlage vor: Wenn er größer ist, gehen wir zusammen auf die Maxburg in Hambach und erfahren etwas über europäische Demokratiegeschichte. Solchen Frauen wie Therése Kayikwamba gehört, hoffentlich, die Zukunft. Sie sagt, die globalen Veränderungen gäben ihr auch ein Gefühl neuer Handlungsmöglichkeiten. Wir seien mitten in einer Periode neuer Chancen, auch für Zusammenarbeit in neuen Konstellationen. Genau die richtige Haltung, wie ich finde. Im Gespräch sagt sie aber auch, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Demokratischen Republik doch die Kräfte binden. Seit über 30 Jahren herrschen dort Gewalt und Chaos. Mittlerweile werden fast einhundert marodierende Milizen gezählt. Sie töten, vergewaltigen, entführen, vertreiben, beuten aus. Die Gewalttätigste ist ganz im Norden eine islamistische Gruppierung, die mit dem Islamischen Staat in Verbindung steht. Staatlicher Schutz fällt praktisch aus. Die Frage nach der neuen Weltordnung ist aber auch deshalb hier so präsent, weil der Nachbar Ruanda mit Truppen im Land steht. Ein klarer Völkerrechtsbruch, an den wir uns nicht gewöhnen sollten. Dafür werden Sicherheitsfragen ins Feld geführt, die auch nicht ganz vom Tisch zu wischen sind. Entscheidend ist, dass es dafür zivile Klärungsprozesse braucht, keine militärischen. Ministerin Kayikwamba beeindruckt mich, weil sie auch über die Bedingungen für eine mögliche Aussöhnung spricht. Dazu müssten alle Seiten Empathie zeigen und anerkennen, „dass etwas schiefgegangen ist“. Das hört sich vielleicht banal an, gilt aber für jeden Konflikt.

Sozialministerin Bazaiba legt dann die Karten auf den Tisch. Wahrscheinlich brauchen 25 Millionen Menschen in der Demokratischen Republik Kongo irgendeine Art der Hilfe. Krieg, Klimawandel und Epidemien kommen zusammen. Hier herrscht nach Nigeria und Sudan in absoluten Zahlen die drittgrößte Ernährungskrise in Afrika. Fünf bis sieben Millionen Binnenvertriebene, aber auch Flüchtlinge aus Nachbarländern sind zu versorgen. Und Donald Trump kommt auf die Idee, Lateinamerikaner, die er aus dem Land haben will, hierher zu transportieren - es ist manchmal nicht zum Aushalten.

Im Justizministerium empfängt mich dann noch Justizminister Ngefa. Ein hochrangiger Gast aus Europa ist selten. Das spiegelt sich in diesem Programm und auch am Medieninteresse nach jedem Termin. Mittags hatte Botschafter Herbert internationale Organisationen in die Residenz eingeladen. Wertvoller Austausch mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dem Welternährungsprogramm, dem Kinderhilfswerk UNICEF, dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR und der Weltgesundheitsorganisation. Abends noch ein Treffen mit Menschenrechtsaktivisten. Alle, die denken, Menschenrechte seien irgendwie westlich, sollten sich mit diesen Menschen unterhalten, die selbstverständlich für grundlegende Rechte wie körperliche Unversehrtheit, Arbeitnehmerrechte oder Rechte von Homosexuellen eintreten - es gibt sie, Gott sei Dank, überall.

Im Krisengebiet im Osten

Die Region im Osten ist seit dreißig Jahren Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen. Wir sind unterwegs mit dem humanitären Flugservice der Vereinten Nationen, auch aus Deutschland unterstützt. Zunächst geht es nach Bunia, in der nördlichsten Provinz gelegen. Von dort mit der Propellermaschine zum Zielort Beni. Dort sitzt nach dem Fall des weiter im Süden gelegenen Goma zwischenzeitlich die Provinzregierung des Nord-Kivu. Als sich die Wolkendecke öffnet, bieten sich Ausblicke auf die zweitgrößte grüne Lunge der Welt. Hier wird unser Klimawandel bekämpft. Dazwischen auch kleinere Minen. Hier liegen unter anderem 60 % der weltweiten Coltanvorkommen. Ein wenig davon ist ziemlich sicher in Ihrem Handy.

Nach der Ankunft in Beni folgt zunächst ein Sicherheitsbriefing durch örtliche Behörden und Analysten, die die Lage fortwährend beobachten. Die Frontlinie ist etwa 150 Kilometer entfernt, die Terrorgefahr auf unserer Strecke wird als gering eingeschätzt. Genau das will ich kontrolliert halten. Aber es macht schlicht keinen Sinn, immer nur in Sitzungssälen und Hauptstädten zu sein. Man muss vor Ort sein und schauen, wie die Lage wirklich aussieht.

Das Programm wird umgedreht, damit wir nicht bei Dunkelheit in unsicherem Terrain unterwegs sind: erst ein Krankenhaus, dann der Gouverneur. Das Krankenhaus Beni wird vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz unterstützt, das wiederum Mittel aus dem Auswärtigen Amt erhält. Der Direktor empfängt uns und sagt, was er braucht: Eigentlich alles. Von Betten über Beatmungsgeräte bis zu bildgebender Ausstattung. In der Krankenhausapotheke ist die Kühlung ausgefallen. Auf der Intensivstation liegen Kriegsverletzte und Traumatisierte, dazwischen überall Kinder. Aber auch Helfer aus aller Welt: ich treffe einen Anästhesisten aus der Schweiz, eine Krankenschwester aus Australien. Wie können wir mehr helfen? Ich denke an die Berghütten in den italienischen Alpen, die wir auf unseren Wanderungen besuchen und die komplett von Freiwilligen betrieben werden. Alle Einnahmen gehen an Schulen oder Krankenhäuser in ärmeren Ländern. Es gibt nichts Besseres, als sich gemeinsam mit anderen für andere zu engagieren.

Weiter geht es zum Sitz des Gouverneurs. Die Region steht seit langem unter Militärverwaltung. Brigadegeneral Évariste Somo empfängt mich zu einem fast einstündigen Gespräch über die Sicherheitslage. Seine Tochter studiert übrigens in Clausthal - klein ist die Welt. Danach treffe ich sein gesamtes Kabinett, dann geht es vor die Presse, die abends in den Nachrichten berichtet.

Camp Luvangira

Am nächsten Tag führt uns der Weg nach Oicha zum Camp Luvangira. Hier werden etwa 200.000 Menschen versorgt. Viele von ihnen wurden mehrfach vertrieben, sind

zurückgekehrt, wurden wieder vertrieben. Die Menschen in solchen Lagern sind nicht nur Empfänger von Hilfe, sondern organisieren ihr Leben und die Solidarität untereinander auch selbst. Wir unterstützen in der Region das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm: Unterkünfte, Sanitäreinrichtungen, Gemeinschaftsküchen, aber auch Geldauszahlungen, damit die Menschen ihren Eigenbedarf selbst decken können, was auch den aufnehmenden Gemeinschaften hilft.

Der Vorsteher der Campgemeinschaft, ein Angehöriger der Twa, begrüßt uns auf einem größeren Platz, wo die Gemeinschaft mit Tanz und Gesang empfängt. Er schildert das Leben im Camp, dankt für die Hilfe, sagt aber auch, was fehlt: Unterkünfte, Toiletten, Nahrungsmittel und Wasser. Ich bitte ihn, seine Vertreibungsgeschichte zu erzählen. Sie siedelten in einem Dorf in den Wäldern. Plötzlich kamen Männer mit Macheten, Hämmern, Schusswaffen. Sie ermordeten einige Bewohner. Da sind sie geflohen. Er lebt hier seit vier Jahren.

Anschließend besuche ich ein Projekt, das binnenvertriebene und heimische zusammenbringt. Hier erlebe ich beides: größte Not und bemerkenswerte Stärke. Uns begrüßt die Sprecherin der Gruppe, eine Frau, die körperlich so stark beeinträchtigt ist, dass sie nur unter Zuhilfenahme ihrer Hände sozusagen „auf allen Vieren“ laufen kann. Und so für Inklusion kämpft. Eine andere Frau ist mehrfach vergewaltigt worden. Sie setzt sich mit anderen Opfern dafür ein, die Taten auszusprechen und zu enttabuisieren. Denn Schweigen nützt nur den Tätern. Dieses Aufeinandertreffen von größten Herausforderungen, persönlichen Schicksalen und gleichzeitiger Lebensfreude - ich kann damit kaum umgehen. Ich glaube, man merkt es mir an. Es ist nicht Teilnahmslosigkeit, es ist das Gegenteil, nur auf andere Art.

In einem Informatikzentrum, in dem Schülerinnen und Schüler Zugang zum Internet haben, zeigt mir eine von ihnen: „Ich lerne gerade, wie man ein neues Dokument speichert: Control S!". Zu viel Internet wie bei uns ist schlecht, gar keins allerdings auch. Dann eine Schule mitten im Regenwald, in deren Nähe zuletzt ein schweres Massaker stattgefunden hat. Wir unterstützen den Wiederaufbau. „Was wollt ihr einmal werden?“ Lehrerin, Krankenschwester, Fußballer, sogar eine Nonne. Und Wünsche? Eine weitere Toilette. Ein Ball zum Spielen.

Im Hotel treffe ich abends noch einen katholischen Abbé und einen Imam. Die Religionen sind hier eine Ressource zum Frieden, man muss sie aber auch nutzen.

Wir brauchen Frieden. Mein Bild der Reise

Letzter Programmpunkt im Osten: eine Schule, die von Brot für die Welt unterstützt wird. Die stellvertretende Vorsitzende des schuleigenen Friedensprojekts berichtet, was unternommen wird, wenn es Streit gibt. Streit ist normal, es ist eine Frage, wie man

damit umgeht. Die Regierungen von Ruanda und der DR Kongo sprechen nicht miteinander, aber Schülerinnen und Schüler beider Länder nehmen hier an einem Austausch teil. Kinder mit und ohne Behinderungen werden gemeinsam unterrichtet. „Hoffentlich wirst du einmal Politikerin und kannst das, was du hier lernst, auch für dein Land umsetzen“, sage ich zu ihr. „Oui“, ist ihre Antwort. Vor allem diese Kinder werden mir in Erinnerung bleiben. Sie sind unsere Zukunft, aber sie brauchen auch eine.

Beim GIZ-Büro besuche ich Projekte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ich mag es nicht, wenn manche zu Hause humanitäre Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit gegeneinander ausspielen. Das eine ist akute Hilfe in der Not, das andere mittel- und langfristig orientiert. Idealerweise geht beides Hand in Hand. Mir gefällt der Begriff „internationale Partnerschaft“ am besten: Wo Hilfe nötig ist, hilft man. Wo man zusammenarbeiten kann, arbeitet man zusammen. Was gebraucht wird, entscheidet man gemeinsam.

Ein besonders bemerkenswertes Projekt: Milizen sollen entwaffnet werden. Aber was geschieht dann mit den Menschen, die ihnen angehörten? Die meisten können nicht einfach irgendwohin zurück. Es geht nicht um Anführer oder schwere Verbrechen, sondern um die vielen, die bei Milizen landen, weil es sonst keine Möglichkeiten gibt. In Mambangu, einem Dorf bei Beni, hat man eine andere Lösung versucht: Ehemalige Milizangehörige haben eine Straße gebaut, im Gegenzug wurden sie in die Gemeinschaft aufgenommen. Eine Brücke kam hinzu, viele Rückkehrer haben hier ein neues Zuhause gefunden. Eine der ehemaligen Kombattantinnen hat jetzt ein Stück Land und übernimmt Verantwortung in der Gemeinde. Sie sagt: Die Menschen brauchen Perspektiven, sonst folgen sie den Lockungen der Milizen.

Die Demokratische Republik Kongo hat ein Durchschnittsalter von wohl unter 18 Jahren. Wir in Deutschland gehen auf die 50 zu. Manche sehen das als Bedrohung. Ich sehe darin auch eine Chance: Innovation und Wohlstand entstehen eher an den jungen Orten. Als Partner können wir beide profitieren.

Rückkehr nach Kinshasa: Warum uns das alles etwas angeht

Zurück in Kinshasa versuche ich auf einige Kommentare zu antworten, die wenig Verständnis für meine Reise zeigen: Warum kümmert uns das alles? Erstens der Klimawandel: Hier ist die zweitgrößte grüne Lunge der Welt. Wenn dieser Wald kaputt geht, werden wir den Klimawandel nicht aufhalten können. Zweitens die Rohstoffe: In praktisch jedem Handy stecken seltene Erden aus dieser Region. Wer hat Zugang dazu, und unter welchen Bedingungen werden sie gewonnen? Drittens Terrorismus: Nicht weit von den Orten, die ich besucht habe, bildet sich erneut eine Zelle des Islamischen Staats. Wollen wir, dass dort ein Rückzugsgebiet entsteht? Viertens Epidemien. Krankheiten, die hier grassieren erreichen uns in einer globalisierten Welt eben

auch. Und dann gibt es noch die historische Verantwortung. Es gibt sogar einen Afrikaforscher, dessen Eltern aus meiner Heimatstadt Wiesloch stammen: Georg Schweinfurth, der diese Region mit als erster Europäer bereist hat, aber eben auch ein Kind seiner Zeit war und nicht frei von Kolonialismus und rassistischem Denken. Überzeugen diese Argumente? Das muss jeder selbst entscheiden. Ich jedenfalls finde: Wir kümmern uns, weil wir Menschen sind und Menschen sich umeinander kümmern, soweit sie das können. Und nochmal an alle, die fragen, was so ein Besuch bringt: Besuchen Sie doch einmal in Ihrer Nachbarschaft jemanden, der lange keinen Besuch erhalten hat. Vielleicht ist da etwas davon zu spüren, was es mit Menschen macht, wenn sie gesehen werden.

Am letzten Tag, dem 1. Mai, treffe ich Gewerkschaftsvertreter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Tag ist auch hier ein Feiertag. Und ich bin verabredet mit Marc Cortadellas Mancini - aus Wiesloch! Klein ist die Welt. Er arbeitet hier für eine internationale Organisation. Dann weiter in die Klinik für Opfer sexueller Gewalt, die der kongolesische Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege gegründet hat. Die Frauen können hier unterkommen, werden medizinisch und psychologisch betreut, erhalten Unterstützung vor Gericht und Begleitung bei der Reintegration. Ich spreche allein mit zwei Betroffenen. Eine wurde Opfer, als es zu einem Gefängnisausbruch kam: Tausende Männer, dreihundert Frauen, man will sich das nicht ausmalen. Die andere wurde bei einem Überfall auf ihr Dorf überfallen, während sie nur kurz zu Besuch war. Ihr Leben ist seitdem zerstört. Sexuelle Gewalt ist eine allgegenwärtige Gefahr im ganzen Land. Gut, dass wir helfen.

Zum Abschluss noch ein Zentrum für berufliche Bildung. „Ich bin hier eines Tages vorbeigegangen und habe gesehen, dass ein neues Gebäude entsteht. Jetzt habe ich einen Beruf gelernt und verdiene bis zu 150 Dollar im Monat“, erzählt mir eine junge Frau.

Politische Schlussfolgerungen

Ich habe viel Leid und Elend gesehen, aber auch viel Stärke und Lebensfreude. Egal wie die Dinge sind: Menschen machen den Unterschied. Wir sind nicht hilflos. Wir sind nicht alleine. Die Probleme, die von Menschen verursacht werden, können und müssen auch von Menschen gelöst werden.

Die Demokratische Republik Kongo braucht nach dreißig Jahren einen echten Frieden. Viele Konflikte toben gleichzeitig, innere und äußere. Zentral ist der Rückzug der ruandischen Armee von kongolesischem Staatsgebiet und ein Ende der ruandischen Unterstützung von Rebellengruppen. Auch hier dürfen wir uns nicht an Völkerrechtsbrüche gewöhnen - sie können nicht durch Sicherheitsinteressen legitimiert werden. Die Bundesregierung muss das gegenüber Ruanda klar benennen. Unsere

Politik muss kohärenter werden: Zusammenarbeit muss an Friedensbemühungen geknüpft sein. Eine etwaige Vorbereitung eines Rückkehrzentrums für Geflüchtete in Ruanda durch das Bundesinnenministerium muss entsprechend ausgesetzt werden. Das Partnerschaftsprogramm Ruanda-Rheinland-Pfalz sollte ebenfalls einem Moratorium unterliegen.

Internationale Zusammenarbeit muss mehr sein als Projekte. Wir dürfen nicht dabei stehen bleiben, dass Länder trotz jahrzehntelangen Engagements der internationalen Gemeinschaft in ihrer Entwicklung kaum vom Fleck kommen. Jenseits der humanitären Hilfe braucht es umfassende, partnerschaftlich ausgehandelte Ansätze, die Diplomatie und Wirtschaftsbeziehungen einschließen.

Die Haushaltslage macht die Sache nicht einfacher: Während meiner Reise wurden die Eckwerte verabschiedet. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll um weitere 600 Millionen Euro gekürzt werden. Gleichzeitig haben sich die USA, die bis vor Kurzem rund 70 Prozent der humanitären Aktivitäten in der DR Kongo finanziert haben, zurückgezogen. Länder wie China bringen Entwicklungsländer mit kreditfinanzierten Infrastrukturprojekten in Abhängigkeit und sichern sich Rohstoffe, die auch wir dringend benötigen. Wir dürfen uns nicht zurückziehen. Das humanitäre Engagement Deutschlands wird von der großen Mehrheit unserer Bevölkerung unterstützt. Gemeinsam mit seinen Partnern kann Deutschland Angebote machen, die Länder aus solchen Abhängigkeiten lösen. Die Zeiten erfordern neue Partnerschaften. Davon können beide Seiten profitieren.